agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/PAKISTAN - Blasphemie: Christen müssen vor willkürlicher Hinrichtung geschützt werden, Minderheiten brauchen mehr Schutz vor Diskriminierung

Lahore (Fidesdienst) – Vor wenigen Tagen wurde zwar der wegen Blasphemie zum Tode verurteilte Christ Younis Masih freigesprochen (vgl. Fidesdienst vom 03/04/2013), doch zuvor mussten seine Frau Meena Bibi und seine vier Kinder acht Jahre lang in der Ungewissheit leben und heute sind er und seine Familie nicht sicher: es könnte sein, dass sie zur Zielscheibe radikaler Gruppen werden, die wegen Blasphemie Angeklagte willkürlich hinrichten. Wie Beobachter gegenüber dem Fidesdienst betonten, wurden über 50 Personen, die der Blasphemie angeklagt worden waren, in den vergangenen Jahren auf der Straße, im Gefängnis oder in anderen Einrichtungen des Justizsystems ermordet.
Zu ihnen gehört auch der Christ Manoor Mashi, der 1993 von islamistischen Milizionären während des Prozesses ermordet wurde, obwohl er von einer Eskorte der Polizei begleitet wurde. 2010 ermordeten islamistische Extremisten die Brüder Rahid und Sajid Emmanuel, die wegen angeblicher Blasphemie festgenommen worden waren. Bei dem Mord vor dem Gerichtsgebäude in Faisalabad sahen Hunderte Menschen zu.
Auch die wegen Blasphemie zum Tode verurteilte Christin Asia Bibi, die sich seit fast 1.400 Jahren in Haft befindet, und Martha Bibi, die gegen Kaution freigelassen wurde und gegen die seit sieben Jahren ein Prozess in Lahore geführt wird, sind nicht sicher. An einem geheimen Ort hält sich Khuram Shahzad auf, der wegen Blasphemie angeklagt und im Oktober provisorische freigelassen wurde. Ein weiterer Christ, Sawan Masih, der ebenfalls der Blasphemie angeklagt ist, muss nach Angaben der christlichen „Legal Evangelical Association Development“ (LEAD) am kommenden 15. April vor Gericht rechtfertigen.
Auf den dringend notwendigen Schutz für Minderheiten vor Übergriffen extremistischer Gruppen wiesen unterdessen bei einer Konferenz in Karachi gestern Vertreter der Zivilgesellschaft hin, die daran erinnerten, dass „religiöse Minderheiten von der Regierung und der Bevölkerung kontinuierlich diskriminiert werden“. Die Konferenz mit dem Titel „Integration religiöser Minderheiten in Pakistan“ wurde vom „Pakistanischen Forum für Menschenrechte“ in Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für Frieden und Entwicklung“ veranstaltet. Die Teilnehmer hoben dabei die Notwendigkeit des Schutzes von Minderheiten vor allgemeiner Diskriminierung in der Politik aber auch im Bildungswesen hin und forderten die Medien auf, sich mit diesem für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Gewährleistung der Menschenrechte wichtigen Thema zu befassen. (PA) (Fidesdienst, 08/04/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it